



Empfehlungen zum Umgang mit Vereinnahmungs- versuchen von Demonstrationen und Kundgebungen

durch die Freien Sachsen und
andere extrem rechte Parteien,
Verschwörungsgläubige und
Corona-Leugner*innen.

Vorbemerkungen

Das Demonstrationsgeschehen hat angesichts der Auswirkungen des Krieges in der Ukraine und anderer geopolitischer Ereignisse wie z.B. den Klimawandel und militärische Konflikte deutlich zugenommen. Steigende Energie- und Lebenshaltungskosten beeinflussen unmittelbar den Alltag der Menschen. Sie tragen existentielle Ängste, Kontrollverlust, Unsicherheiten und gefühlte Ungerechtigkeiten auf die Straße. Die extreme Rechte nutzt diese Situation, um ihre menschenfeindlichen Positionen

zu verbreiten, Hass zu schüren und Sündenböcke – politisch Verantwortliche, Jüdinnen und Juden und Migrant*innen – für die Probleme verantwortlich zu machen. Vereinnahmungsversuche durch die extreme Rechte müssen daher sowohl organisatorisch vor den Demonstrationen – also in der Planung – während der Demonstrationen, durch Anmelder*innen und Ordner*innen als auch inhaltlich im Hinblick auf die Auswahl der Redebeiträge und die Positionen der Anmelder*innen bedacht werden.

Organisatorische Empfehlungen

- Weisen Sie Ordner*innen gut ein. Das bedeutet, dass Sie das Anliegen der Kundgebung kommunizieren: Was wollen wir? Was wollen wir nicht? Dazu sollten Sie auch auf die während der Kundgebung nicht geduldeten Symbole, Fahnen etc. hinweisen.
- Lassen Sie Fahnen, Banner, Stände extrem rechter Parteien wie Freie Sachsen, Der III. Weg etc. nicht zu.
- Erlassen Sie kein generelles Fahnen- und Plakatverbot. Das setzt die Fahnen, Symbole und Meinungsäußerungen demokratischer Parteien, Gewerkschaften und Organisationen mit denen der extremen Rechten gleich.
- Informieren Sie das örtliche Polizeirevier über die geplante Veranstaltung. Lassen sie sich eine/einen Ansprechpartner*in mit Handynummer nennen.
- Machen Sie im Kooperationsgespräch mit der Versammlungsbehörde die Verbote deutlich und weisen Sie darauf hin, dass die Anmeldende*innen diese auch mit Unterstützung der Polizei durchsetzen werden.
- Klären Sie vorher, wer eröffnet und wer während der Veranstaltung in welcher Reihenfolge redet. Lassen Sie keine spontanen Redebeiträge zu.
- Wenn Sie ein musikalisches Rahmenprogramm planen, überlegen Sie genau, wem Sie eine Bühne bieten möchten.
- Treffen Sie klare Absprachen bezüglich der Verantwortlichkeiten: Wer ist Anmeldende*in? Wer sind Ordner*innen? Wer spricht mit den Medien?

Inhaltliche Empfehlungen

- Distanzieren Sie sich im Kundgebungs-/Demonstrationsaufruf und den Redebeiträgen klar von extrem rechten Positionen, Parteien und Gruppen und von anderen Demokratiefeinden.
- Verweisen Sie nicht pauschal auf "die da oben". Benutzen Sie nicht die Begriffe und die Sprache rechtspopulistischer und extrem rechter Parteien.

Sie bereiten ihnen den Boden und tragen zur Normalisierung einer aggressiven Sprache und extrem rechter Parteien bei.

- Um eine Anschlussfähigkeit der extremen Rechten zu vermeiden, sollten auch Begriffe wie Solidarität, Frieden und Freiheit definiert und differenziert werden. Mit wem und mit welchem Ziel sind wir solidarisch? Was bedeutet Frieden für meine Organisation? Was verstehe ich darunter? Frieden zu welchem Preis? Von welcher Freiheit spreche ich? Der Ruf nach Meinungsfreiheit (GG Art. 5) in der extremen Rechten und bei den Impfgegner*innen ist oft Kritikunfähigkeit und Unlust am Widerspruch und an der Auseinandersetzung. Freiheit gilt für alle insbesondere auch für Minderheiten.
- Versuchen Sie eine differenzierte Darstellung der Situation: Benennen Sie gute politische Entscheidungen und wertvolle gesellschaftspolitische Entwicklungen und formulieren Sie eigene Forderungen. Schauen Sie nach Handlungsspielräumen auf kommunaler Ebene, erschließen und nutzen Sie diese bewusst und nennen Sie diese Möglichkeiten auch öffentlich.
- Würdigen Sie in den Redebeiträgen demokratisches Engagement für ein friedliches respektvolles Miteinander im Ort z.B. von Vereinen und Initiativen, die sich für geflüchtete Menschen einsetzen, die soziale Arbeit von Diakonie, Caritas, AWO etc. oder das Engagement der örtlichen Tafel oder der Kirchgemeinde.
- Bieten Sie als Bürgermeister*in, Pfarrer*in oder als Ratsfraktion gegebenenfalls kleinteilige gut moderierte Gesprächsrunden in Vereinen und Kirchgemeinden an.

Wenn Sie Unterstützung brauchen oder sich zu Veranstaltungen in Ihrer Gemeinde beraten lassen möchten, können Sie sich gerne an die Mobile Beratung wenden unter:
<https://kulturbuero-sachsen.de/arbeitsbereiche/mobile-beratung>